Sitzungsvorlage Bau, Grundstücks- und Umweltausschuss öffentlich

am 05.02.2014

Vorlagen-Nr.: VI/008/2014

Berichterstatter: Herr Peter Koller

Betreff: Erweiterung der bestehenden Biogasanlage auf dem Grundstück
Flur-Nr. 819 Gemarkung Sinbronn

Sachverhaltsdarstellung:

Der Antragsteller plant seine bestehende Biogasanlage um ca. 1,4 MW auf insgesamt ca. 2,85 MW zu erweitern. Verbunden mit der Erweiterung sind eine Erhöhung der Endlagerkapazität und eine Ausweitung der Wärmenutzung. Zum weiteren Sachverhalt wird auf das beiliegende Antragsschreiben verwiesen. Mit der Erweiterung sind folgende Baumaßnahmen verbunden: Errichtung eines Endlagers mit einem Durchmesser von 27 m und einer Tiefe von 8m. Der Gesamthalt beträgt 4578 cbm.

An das bestehende Stallgebäude wird ein Geräte- bzw. Lagerschuppen (Trocknung) angebaut. Ferner soll ein Güllegalgen zur Erleichterung der Verladetätigkeiten errichtet werden.

Die Gaserzeugung soll auf max. 2,3 Mio cbm/Jahr erhöht werden.

Die geplanten Erweiterungsmaßnahmen unterliegen der Genehmigungspflicht nach BlmschG und liegen deshalb im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes.

Im Verfahren muss deshalb das Gemeindliche Einvernehmen der Stadt Dinkelsbühl eingeholt werden.

Der Bauherr beantragt ferner den Aufstellungsbeschluss für einen Vorhabens bezogenen Bebauungsplan (VEP), weil er die Auffassung vertritt, dass eine Privilegierung bei der o. g. Gaserzeugung nicht mehr gegeben ist.

Nach unserer Rechtsauffassung könnte die beantragte Erweiterung dennoch ohne Überplanung vorgenommen werden, weil die bauliche Erweiterung des zulässigerweise errichteten Gewerbebetriebs im Verhältnis zum Bestand untergeordnet und angemessen erscheint (§ 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB).

Anlagen: 1 Antragschreiben, Lagepläne

Haushaltsrechtliche Vermerke:

1. Die Gesamtausgaben der Maßnahme/Vergabe betragen 0,00 €
2. Haushaltsmittel vorhanden: ja/nein 0,00 € bei HSt.:
3. Die über-/außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 0,00 € werden gedeckt durch:
 - Einsparungen bei HSt.:
 - Mehreinnahmen bei HSt.:
 - Veranschlagung im Nachtragshaushalt 20

Vorschlag zum Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen zur Erweiterung der bestehenden Biogasanlage wird erteilt. Sollte die Genehmigungsbehörde auf die Aufstellung eines Bebauungsplanes bestehen, so wird dem Stadtrat empfohlen die Aufstellung des beantragten VEP zu beschließen. Sämtliche damit verbundenen Kosten sind vom Antragsteller zu tragen.